

Kritik bei der LÜSA Unna: Neues Teilhabegesetz „lässt Drogenabhängige verstärkt außen vor“

Von Redaktion - 29. August 2019

115 0

Teilen auf Facebook

Tweet auf Twitter

G+

p



Bei ihrem Informationsbesuch schauten Michael Scheffler (2. v.r.) und Hartmut Ganzke (re.) gemeinsam mit Anabela Dias de Oliveira auch den LÜSA-Mitarbeitenden im Tagestrukturzentrum „Re.mise“ über die Schulter. (Foto AWO)

„Das Gesetz soll zwar Inklusion ermöglichen, aus meiner Sicht sind drogenabhängige Menschen aber eher verstärkt außen vor.“

Scharfe Kritik übt Anabela Dias de Oliveira, Geschäftsführerin des Projekts LÜSA in Unna, am **Bundesteilhabegesetzes (BTHG), das zum 1.1.2020 gültig wird**. Die Gruppe der „Menschen mit Teilhabe-Beeinträchtigung“ durch die spezifischen Problemlagen der Sucht sei an keiner Stelle im Gesetz berücksichtigt.

Mit viel Arbeits- und Verwaltungsaufwand seien auch die vorgesehene Trennung der Leistungen in stationären Wohnhilfen und die damit verbundene Teilung der Kostenträgerschaft verbunden. Unschönes Fazit: **„Das Gesetz soll zwar Inklusion ermöglichen, aus meiner Sicht sind drogenabhängige Menschen aber eher verstärkt außen vor.“**

Zu Besuch bei der LÜSA waren jetzt Vertreter der Arbeiterwohlfahrt um den Bezirksverbandsvorsitzenden Michael Scheffler und den Unterbezirksvorsitzenden Hartmut Ganzke.

Seit 1997 engagieren sich die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder und das hauptamtliche Team für mehrfach schwerstgeschädigte chronisch drogenabhängige Menschen. Aktuell bietet LÜSA in zentraler Lage an der Friedrich-Ebert-Straße in Königsborn über 80 Menschen substitions-gestützten Wohn- und Lebensraum sowie vielfältige Unterstützungsangebote, wie das Tagesstrukturzentrum „Re.mise“.

Das die AWO sich über die Arbeit genauer informieren will, hat einen Hintergrund: das Projekt LÜSA ist eine Einrichtung des Vereins zur Förderung der Wiedereingliederung Drogenabhängiger e.V. (VFWD e.V.) in Unna, der kooperatives Mitglied des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen e.V. ist. Gemeinsam mit ihren korporativen Mitgliedern geht die AWO neue Aufgaben an und verfolgt sozial- und fachpolitische Ziele.

Besonders interessierten sich die AWO-Vertreter für **die Dauerwohneinrichtung (DAWO) in Hemmerde, die seit Januar 2015 14 alternden drogenabhängigen Menschen eine unbefristete Möglichkeit gibt, in Gemeinschaft und Würde zu altern.**

Die DAWO wurde eingerichtet, weil dank niedrigschwelliger Hilfen, abhängige Menschen überleben und zunehmend älter werden und die spezifischen Bedürfnisse in regulären Alters-/Pflegeheimen noch nicht entsprechend erfüllt werden.

Mit der DAWO wurde eine Nahtstelle von Wiedereingliederungshilfe und Pflege- und Senioreneinrichtung geschaffen, die den Bewohnerinnen und Bewohnern mit ihren schweren Erkrankungen gerecht wird.

AWO Bezirksvorsitzender Michael Scheffler sieht die Probleme mit dem neuen Teilhaberecht. Es müsse kontinuierlich überprüft und angepasst werden. „Ob es sein Ziel – die Verbesserung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention – erreichen wird, wird sich erst im Alltag der Menschen zeigen.“

Die AWO werde Umsetzung und die Folgen des Gesetzes intensiv begleiten und wenn nötig Nachbesserungen im Sinne der Menschen fordern.